Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, für Dresden mit entsprechendem Botenlohn.

Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klotzsche 4. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.

Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silbergroschen. Unter „Mitgetheilt" oder „Eingesandt" 20 Pfg. Unterm Strich (Erstes Blatt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Für Aufgabe entsprechender Gesuchstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König Johannstr. 15.
Schutz-Marke
Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmaler.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

PATENTE
schnell und sorgfältig durch
RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜREAU in GÖRLITZ.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effectenbureau.
IV. Collection der sächs. Landeslotterie.

Hochelegante Neuheiten in soliden deutschen u. englischen Anzugs- u. Ueberzieher-Stoffen
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse („Drei Raben").

Nr. 344. Spiegel: Preußische Polenpolitik. Hofnachrichten. Mittlere und höhere Einkommen. Elbschiffahrt im Rundreiseverkehr. „Deutscher Abend". Weihnachtsrundgang. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Tonkünstler-Verein. Albina-Concert. Sonntag, 10. Decbr.

Politisches.

Seitdem das Erbe der Jagellonen getheilt und das ehemalige polnische Reich in zerstückeltem Zustande von den angrenzenden Großmächten übernommen worden ist, haben die heißblütigen Polen nicht aufgehört zu träumen, zu schwärmen und zu hoffen. In der Seele jedes Polen lebt die unauslöschliche Hoffnung, daß eine Zeit kommen werde, welche die nationale Sehnsucht seines Volkes erfüllt durch die Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates. Die Polen sind daher ein Bevölkerungselement, das für einen nationalen Staat nicht gerade als eine besonders angenehme Zugabe bezeichnet werden kann. Eine rückhaltlose Angliederung an den nationalen Organismus von Seiten der Polen erscheint auf absehbare Zeit hinaus als ausgeschlossen. Deshalb ist die nationale Politik in die Zwangslage versetzt, ihre polnischen Gebietstheile mit besonderer Aufmerksamkeit zu überwachen und Maßregeln zu treffen, um den Mangel des natürlichen Zusammenhanges mit dem Gesammtvaterland durch wohlgefügte Klammern und künstliche Bindemittel der Staatskunst zu ersetzen. Auch bei uns im Reiche hat sich die Nothwendigkeit einer ausnahmsweisen Behandlung der Polen im Interesse des nationalen Gedankens herausgestellt, und Fürst Bismarck, der stets das rechte Mittel zur rechten Zeit zu ergreifen wußte, wenn für die Einheit und Größe des Reichs irgendwie Gefahr im Verzuge war, hat mit klarem Blick seine antipolnische Politik durchgeführt. Neuerdings scheint man aber an den leitenden Stellen des Reichs anderer Ansicht geworden zu sein. Darauf deuten wenigstens die Konzessionen hin, die man in der jüngsten Zeit den polnischen Ansprüchen gemacht hat, und die augenblicklich die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigen. Es handelt sich um drei gesonderte Maßnahmen, die beiden ersten kirchenpolitischer Natur, die dritte auf das Gebiet des Schulwesens übergreifend. Auf Grund einer erst jetzt bekannt gewordenen preußischen Kabinetsordre vom 27. September d. J. ist nämlich angeordnet worden, daß in der Erzdiöcese Gnesen-Posen der Vorsitz im Kirchenvorstand bei den Pfarrkirchen dem gesetzlich angestellten Propst, im Vorstand bei den Filialkirchen aber den gesetzlich bei diesen angestellten Geistlichen übertragen werden solle. Die genannte Kabinetsordre nimmt Bezug auf das preußische Gesetz vom 21. Mai 1886, welches bestimmt, daß die Uebertragung des Vorsitzes in den Kirchenvorständen an die Geistlichen für die polnischen Landestheile von einer besonderen Kabinetsordre abhängig zu machen ist. Es sollte also mit dem Erlaß der betr. Kabinetsordre solange gewartet werden, bis die Verhältnisse sich soweit geklärt hätten, um die Maßregel als unbedenklich erscheinen zu lassen. Da nun aber in der Zwischenzeit keinerlei Umstände eingetreten sind, welche einen derartigen Schluß zu ziehen gestatten, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe die preußische Regierung den Polen gegenüber „etwas gut zu machen" gemacht. Noch deutlicher tritt dies Bestreben in der weiteren Anordnung hervor, daß künftig die deutsche Sprache für den schriftlichen Verkehr der Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen mit den Gemeindemitgliedern und den vorgesetzten geistlichen Behörden nur dann Geltung haben soll, wenn dies bisher schon der Fall war oder wenn Kirchenvorstand und Gemeindevertretung einen dahingehenden Beschluß fassen. Bisher hatte die staatliche Behörde sich selber das Recht der Entscheidung über diese Frage reservirt.

Schwerer noch als die vorgedachten beiden Entschließungen, auf die man an maßgebender Stelle zugekommen ist, wiegt eine dritte Maßnahme dieser Art, welche nicht mehr und nicht weniger bezweckt als die Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen der Provinz Posen. Nachdem zuerst allerlei Zweifel an der Richtigkeit der Meldung aufgetaucht waren, kann nunmehr die Thatsächlichkeit des in Rede stehenden Ministerialerlasses nicht mehr in Frage gezogen werden. Demnach wird von Ostern nächsten Jahres an der polnische Unterricht in den Volksschulen der Provinz Posen mit zwei Stunden wöchentlich wieder eingeführt. Desgleichen gelangt ein neues polnisches Lesebuch zur Einführung.

Es ist kaum anzunehmen, daß der preußische Kultusminister sich vor dem Erlaß der letztgenannten Verfügung ein klares Bild von dem überaus peinlichen Eindruck gemacht hat, von dem alle national gesinnten Kreise angesichts der neuesten Wendung der preußischen Polenpolitik beherrscht werden. In der gesammten nationalen Presse kommt die Verstimmung darüber mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck. Bei Alledem nehmen nicht einmal die polnischen Benefiziaten selbst das ihnen gezeigte Entgegenkommen mit ungemischter Freude auf. Der Appetit ist ihnen bereits beim Essen gewachsen, und es darf nicht überraschen, wenn Herr Dr. von Jazdzewski es sich angelegen sein lassen wird, das Bouquet der polnischen Wünsche noch umfangreicher zu gestalten, als es zur Zeit schon ist. Verdenken kann man es den Polen von ihrem Standpunkt aus eigentlich kaum, wenn sie nehmen, was sie bekommen. Aber die deutsche Bevölkerung wird sich die verwunderte Frage vorlegen, welche zwingenden Gründe denn eigentlich die Regierung veranlassen, die bewährten Bahnen einer zielbewußten Germanisirungsarbeit in den polnischen Gebietstheilen Preußens zu verlassen und sich auf das unzuverlässige Gebiet der experimentirenden „Versöhnungs"-Politik zu begeben. Warum hat man es nicht bei der alten Einrichtung belassen, nach welcher der Unterricht an polnische Kinder im polnischen Lesen und Schreiben nur auf privatem Wege ertheilt werden durfte?

Es wird gesagt, die jetzige Polenpraxis der preußischen Regierung sei ein Ausfluß der do ut des-Politik, d. h. die Regierung wolle durch Konzessionen in der Sprachenfrage und auf kirchlichem Gebiet die Polen für eine dauernd regierungsfreundliche nationale Fraktionspolitik gewinnen. Glaubt man im preußischen Kultusministerium im Ernst an die Möglichkeit eines solchen Erfolges? Die Polen zu nationalisiren wird immer eine aussichtslose Sisyphusarbeit sein und bleiben. Nunmehr 40 Jahre lang sind die Polen in Preußen die eingeschworenen Mitglieder jeder Opposition gewesen. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Das Ende Polens ist für sie noch immer nicht endgiltig besiegelt. Wenn sie in der letzten Zeit an Stelle der offenen Feindschaft eine höflichere Gebahrung gegenüber der preußischen Regierung angenommen haben, so ist die Triebfeder zu dieser Stellungnahme ausschließlich in der im Geheimen genährten Illusion zu suchen, daß Deutschlands Heeresmacht früher oder später den russischen Erbfeind niederwerfen und vielleicht im Verein mit Oesterreich eine Art von polnischem Schutzstaat gegen Rußland errichten werde. Die Polen halten die Rache an Rußland gewissermaßen für ein Vermächtniß, das ihre im Kampf gegen die russischen Bedrücker verbluteten Brüder dem Deutschthum hinterlassen haben. So legt z. B. der Graf von Platen in einem seiner stimmungsvollen Polenlieder sterbenden polnischen Insurgenten folgende Apostrophe an die Deutschen in den Mund: „Wir geh'n zu Grab, gebeugt und blaß — Nach manchem harten Strauß — Und hauchen unsern Russenhaß — In eure Seelen aus." In dieser Idee der Wiedererweckung des polnischen Nationalstaats lebt und webt das Polenthum unentwegt. Sie war es, die den unglücklichen aufständischen Fürsten von Poniatowski an die Seite des freiheitserstickenden Korsen führte, und sie ist es auch, die die moderne polnische „Hofpartei" beseelt bei ihrer Unterstützung der deutschen Regierungspolitik. Es wurde natürlich verkehrt sein, aus dieser Sachlage ganz allgemein die Nothwendigkeit einer rücksichtslosen Unterdrückungspolitik um jeden Preis gegenüber dem Polenthum zu folgern. Die konsequente Fortsetzung einer wohlerwogenen Germanisirungsarbeit in den polnischen Landestheilen ist jedoch ein unabweisliches Gebot der staatlichen Selbsterhaltung. Dazu aber gehört in erster Linie die ausschließliche Herrschaft des Deutschthums über die Schulen. Die preußische Polenpolitik würde daher gut thun, ihre jetzt befolgten Grundsätze sorgfältig nach rückwärts zu revidiren, um die richtigen leitenden Gesichtspunkte auf diesem Gebiet herauszufinden. Welcher Art diese sind, ist nicht schwer festzustellen: dem weiteren Anwachsen des polnischen Elements in den östlichen preußischen Provinzen auf Kosten der deutschen Bevölkerung muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Sonst werden die Verhältnisse bald an einem Punkte angelangt sein, wo es sich nicht mehr um die Förderung der fortschreitenden Germanisirung, sondern um die Abwehr der fortschreitenden Polonisirung handelt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. December.

Berlin. Reichstag. 16. Sitzung vom 9. Dezember. Zwei schleunige Anträge der Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Gen. wegen Aufhebung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Neu und Dr. König werden angenommen. — Abg. Aichbichler begründet den von ihm und anderen Centrumsmitgliedern eingebrachten Antrag: 1) Erhebungen zu veranstalten, inwieweit eine Abänderung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, insbesondere in Bezug auf die Ausdehnung und Organisation der Versicherung, erforderlich erscheint, um thunlichst bald dem Reichstag einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen, 2) der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die seitens der Regierung in Aussicht gestellte Novelle zum Unfallversicherungsgesetz womöglich noch in dieser Session dem Reichstage zugehe. Mit der Berathung dieses Antrages wird die im Antrage der Abg. v. Stoudy und Gen. der konservativen Partei verbundene Vereinfachung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes verlangt, insbesondere durch Beseitigung der Mißstände, welche eine nothwendige Folge des Markensystems sind. Der Antragsteller begründet sein Amendement: Das Gesetz sei eine Geistesarbeit allerersten Ranges, die Unzufriedenheit gegen dasselbe richte sich auch nur gegen die Konstruktion des Gesetzes; der Antrag des Vorredners habe einige Punkte unberücksichtigt, die besonders im Osten Beschwerden veranlaßten. Die Belastung durch das Markensystem trifft den kleinen Mann am schwersten und ist für den kleinen Mann fast unerträglich. Das Klebesystem ist in weiten Kreisen geradezu verhaßt, bedauerlich auch ist, daß in einer Zeit wirthschaftlichen Niederganges so große Summen dem Umlauf entzogen werden. Die Methode der Mittel der Aufbringung muß geändert werden; ganz hinfällig wäre der Einwand, daß es nicht anders gehe. Das Deckungsverfahren kann durch ein Umlageverfahren ersetzt werden; das Nachweisverfahren ist zu beseitigen und dafür nur eine Bestimmung zu treffen, in welchen Fällen die Rente nicht gewährt wird. — Staatssekretär von Bötticher: Wenn der Junge, wie ich dies Gesetz nenne, auch nicht so gerathen ist, wie es seine Herren Eltern, der Reichstag und der Bundesrath, wünschen, so hat er doch auch seine guten Seiten. (Heiterkeit.) Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz war, wie wir wußten, ein Sprung ins Dunkle, wir hatten kein Vorbild. Eine Aenderung des Gesetzes vom Grund auf ist nicht nöthig, seine Prinzipien müssen beibehalten werden. In den großen Kreisen unseres Landes besteht allerdings Unzufriedenheit mit dem Gesetz, in anderen Kreisen, wie in Sachsen, Baden und Württemberg, und in vielen Theilen Preußens besteht diese Unzufriedenheit nicht, weil man dort die Erleichterung und Hilfsmittel benutzt hat, die das Gesetz selbst an die Hand giebt. Was will man Besseres machen? Man war von vornherein entschlossen, die Versicherung nicht zu einer Prämie auf Faulheit zu machen. Durch das Umlageverfahren wird man das Markensystem nicht los. Man würde damit zwar die Gegenwart entlasten, aber die Zukunft um so schärfer belasten. Die Verwaltungskosten sind weit hinter dem, was man veranschlagt hat, zurückgeblieben; sie betragen bis jetzt 40 Pfg. pro Kopf, statt 1 Mark, wie veranschlagt war, sie machen also 4,17 Proz. der Rente aus. Zu einer Aenderung der Prämiensätze ist nicht zu rathen. Wollte man an Stelle der großen Versicherungsanstalt kleinere Verbände setzen, so würden sich die Kosten nur erhöhen und ungleicher vertheilen. Mit der Ersetzung der obligatorischen durch eine fakultative Versicherung würde man ein Grundprinzip des Gesetzes umstoßen. Die Regierung wird Verbesserungen des Gesetzes im Auge behalten und alle Vorschläge eingehend erwägen. Die angekündigte Novelle zum Unfallversicherungsgesetz liegt wörtlich vor. Ueber eine weitere Vorlage zur Beseitigung von Mängel der Unfallversicherung finden noch Korrespondenzen statt. Die Regierung glaubt aber mit Sicherheit annehmen zu können, daß beide Entwürfe dem Reichstage noch in dieser Session zugehen können. — Bayr. Ministerialrath v. Landmann vertheidigt die Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung gegenüber dem Centrumsredner, welcher Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung verlangte. Die berufsgenossenschaftliche Organisation werde viel theurer sein als die jetzige. — Abg. Dr. Sigl (wild): Das Markenpapperl-Gesetz muß ganz bedeutend verändert werden, namentlich nach der Richtung der Landwirthschaft hin. Lassen Sie das Gesetz bestehen und nehmen Sie die Handelsverträge an, dann werden Sie Ihr blaues Wunder bei den nächsten Wahlen sehen. — Abg. Gamp (Reichspartei) weist auf die verschiedenen Unzuträglichkeiten bei der Unfallversicherung hin und hält bezüglich des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes an der Kapitaldeckung fest, dagegen wäre eine Ermäßigung der Beiträge schon jetzt möglich. An Stelle der Quittungskarten sollte man Quittungsbücher einführen, sowohl im Interesse der Sparsamkeit, wie der Vereinfachung des Verfahrens. — Staatssekretär v. Bötticher versichert dem Abg. Dr. Sigl, daß gerade in Bayern die Landwirthschaft größere Vortheile von der Versicherung gehabt habe, als die Industrie. Ein Vertagungsantrag wird angenommen. — Montag 1 Uhr: Kleine Vorlagen.

Berlin. Der Kaiser begab sich heute früh von Wildparkstation mittelst Sonderzuges nach Barby zur Jagd. — Wie der „Nat.-Ztg." von zuverlässiger Seite berichtet wird, beabsichtigt Crispi die energische Durchführung der zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt erforderlichen Steuern. — Der dem Bundesrath zugegangene Entwurf betr. den Nachrichtendienst in Viehseuchen-Angelegenheiten, bestimmt: 1) die Polizeibehörde jeder Gemeinde hat jeden ersten Ausbruch von Rotz der Pferde, Esel, Maulthiere und Maulesel, von Maul- und Klauenseuche des Rindviehes, der Schafe, Ziegen und Schweine und von Pockenseuche des Rindviehes, sofort der Polizeibehörde aller benachbarten deutschen Gemeinden auf mündlichem oder schriftlichem Wege mitzutheilen; 2) ist nach erfolgter Feststellung der Maul- und Klauenseuche in einem Orte der beamtete Thierarzt zur Feststellung weiterer Infektion von bisher noch nicht betroffenen Gehöften nicht zugezogen worden, so hat die Polizeibehörde demselben von jedem solchen Falle Mittheilung zu machen; 3) jeder Kreis-Thierarzt hat am letzten jeden Monats für seinen Amtsbezirk auf einer Postkarte eine Mittheilung an das kaiserliche Gesundheitsamt abzusenden, aus der sich ergiebt, in wieviel Gemeinden und Gehöften des Amtsbezirks eine jede der unter Nr. 1 genannten drei Seuchen herrscht, d. h., nach den geltenden Vorschriften noch nicht für erloschen erklärt worden konnte. — Der aus Wien flüchtige, in Dresden geborene Bankier Leiemne, der beschuldigt wird, große Beträge veruntreut zu haben, wurde in einem hiesigen Gasthofe festgenommen. Er bestreitet, Unterschlagungen begangen zu haben, er habe nur Differenzen nicht ausgleichen können und Wien nur verlassen, um seine Angelegenheiten mit fremder Hilfe zu ordnen. Leiemne, der übrigens belgischer Unterthan sein will, wird voraussichtlich bald nach Wien ausgeliefert.

Berlin. Ein allgemeines Dankgebet findet, wo es nicht wie z. B. in Berlin bereits am vorigen Sonntag geschehen, am morgenden Sonntag im evangelischen Gottesdienst und zwar im allgemeinen Kirchengebet für die Bewahrung des Kaisers vor dem gegen ihn geplanten Attentat statt. — Der preußische Landtag wird am 15. Januar eröffnet.

Antwerpen. Die Schiffahrt auf der Elbe ist eingestellt. Beide Häfen sind voller Schiffe, auf der Elbe selbst 90 Fahrzeuge.

Paris. Während der Sitzung der Kammer wurde von der Tribüne eine Bombe auf die rechte Seite des Hauses geworfen. Die Bombe explodirte. Ein Deputirter und ein Huissier wurden getödtet.

* **Paris.** Die Bombenexplosion in der Kammer erfolgte genau um 4 Uhr. Auf der Tribüne entstand ein panischer Schrecken; Frauen entflohen in größter Hast. Einige Zuhörer wurden verwundet. In den Wandelgängen befand man sich in sehr lebhafter Erregung. Im Sitzungssaale verbreitete sich ein intensiver Geruch. Die Zahl der verwundeten Deputirten wird auf einige 20 geschätzt. Die meisten Deputirten erhoben sich und flohen eiligst aus dem Saale. Dupuy blieb ruhig auf dem Präsidentenplatze und forderte die Kollegen auf, ihm nachzuahmen, was auch Viele thaten.

Paris. Die Kammer erklärte die Wahl Mirman's für gültig. Casimir Perier dankte der Kammer, daß sie auf die Stimme des Präsidenten gehört und die Berathung fortgesetzt habe. Die Kammer habe ihre Pflicht gethan und die Regierung werde durch Anwendung der Gesetze das ihrige thun. (Lebhafter Beifall.) Die Sitzung wurde darauf aufgehoben. Dupuy wurden in den Wandelgängen lebhafte sympathische Kundgebungen dargebracht. Deputirte, Journalisten und Neugierige brachten Hochrufe aus, wogegen Dupuy mit Hochrufen auf die Republik antwortete. — Bei der Bombenexplosion sind im Allgemeinen die Verwundungen wenig schwer, sie bestehen hauptsächlich in Schrammen. Es bestätigt sich, daß die Verwundeten einige 50 betragen. Der Oberstaatsanwalt und der Staatsanwalt der Republik sind im Palais Bourbon eingetroffen, an dessen Zugängen sich nur wenige Neugierige befanden.

Paris. Die Kammer war in dem Moment der Explosion gerade mit der Gültigkeitserklärung der Wahl Mirman's beschäftigt. Nachdem die Ruhe einigermaßen hergestellt war, erklärte Dupuy, derartige Attentate könnten die Kammer nicht in Verwirrung bringen, er ersuche dieselbe, mit Ruhe die Arbeiten fortzusetzen. Wenn die Tagesordnung erledigt sei, werde das Bureau seine Pflicht thun. (Beifall.) Unter unbeschreiblicher Bewegung wurde die Berathung über die Wahl Mirman's wieder aufgenommen. Etwa ein Drittel der Deputirten befand sich auf ihren Bänken. Im Sitzungssaal befinden sich Spuren von Eisensplittern und Bleistücken. Die Quästoren befahlen sofortige Schließung aller in's Freie führenden Thüren. Bruchstücke der Bombe flogen bis auf die Tribünen der zweiten Etage und es war bisher nicht möglich, die genaue Zahl der Verwundeten anzugeben. Die Verwundeten wurden nach der Quästur gebracht, wo ihnen ärztliche Hilfe geleistet ward. Ein verwundeter Zuschauer behauptet, gesehen zu haben, daß sein Nachbar etwas in den Saal warf. Die Zahl der auf den Tribünen Verwundeten beträgt etwa 20, darunter mehrere Frauen. Es wird versichert, daß Niemand getödtet oder tödtlich verletzt ist. Ein todtgemeldeter Deputirter sowie ein Huissier sollen nur schwer verletzt sein.

* **Paris.** Die Bombe, welche in der Kammer von der Tribüne des zweiten Ranges geworfen wurde, explodirte in der Höhe der Rampe dieser Tribüne. Die Bombensplitter flogen durch den ganzen Saal. Diejenigen Personen, welche Auskunft über den Attentäter geben können, wurden von den Quästoren vernommen. Mehrere Zuschauer, darunter ein Marineoffizier, versichern, der Attentäter müsse durch die Explosion der Bombe den rechten Arm verloren haben. Die Zahl der verwundeten Deputirten beträgt etwa 12, darunter befinden sich Lanjuinais und Cazenave (Rechte). In einem Bureau der Kammer werden 6 Verdächtige festgehalten, welche unmittelbar nach der Explosion in das Erfrischungszimmer stürzten und sich dann zu entfernen suchten. Einer derselben soll der muthmaßliche Attentäter sein; die Zuschauer behaupten, ihn wieder zu erkennen. Er soll Lenon heißen.

* **Paris.** Eine Extraausgabe des „Temps" schätzt die Zahl der Verwundeten auf 100, darunter sind besonders viele Frauen. Viele haben die Finger gebrochen oder eine Kniescheibe zertrümmert. Die Kammerbureaus sind in Lazarethe umgewandelt, wo Deputirte, welche Aerzte sind, Hilfe leisten. Auch Verwundete dürfen die Kammer nicht verlassen. Man glaubt, der Attentäter befinde sich unter denselben. Abbé Lemire ist durch einen Nagel am Hinterhaupt verwundet. Drake del Castillo, dem Deputirten für Indre et Loire, sind zwei Finger weggerissen worden.

Rom. Crispi wurde mit der Bildung des Kabinets endgiltig betraut.

Neapel. Der Direktor einer Schwefelgrube wurde am hellen Tage sammt seinen Inspektoren von 8 vermummten Briganten überfallen und vollständig ausgeplündert. — Einer der bekanntesten Anwälte in Palermo ist nach Unterschlagung von 200,000 Lire flüchtig geworden.

London. In Aldershot fand ein ernster Straßenkampf zwischen Füsilieren und Mannschaften des Hochlandsregimentes statt. Berittene Polizei sprengte die Kämpfenden. Fünf Soldaten und ein Polizeisergeant wurden schwerverletzt ins Hospital getragen.

London. Dem Reuterschen Bureau wird aus Kairo gemeldet: Die Nachricht, daß der englische Botschafterposten in Petersburg Lord Cromer angeboten worden sei, entbehrt jeder Begründung.

Frankfurt a. M. (Schluß-Course.) Credit [illegible] Disconto [illegible]. Fremden-Bank [illegible]. Hamburger [illegible]. Laura [illegible]. Ung. Gold [illegible]. Portugiesen —.—. Sumatra —. Reichsanl. —. Russen Noten [illegible]. Dx.

Blunk's Berliner Kinderzeitung. Dresdner Molkerei Gebr. Blunk, Bautzner Str. 79. Trocken Kinderkeller.